

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Sitzung: Mittwoch, 03.02.2016

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 16:45 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Anke Kaphammel - CDU

Mitglieder

Frau Cornelia Seiffert - SPD

Herr Peter Edelmann - CDU

Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE

Herr Frank Flake - SPD

Frau Kate Grigat - SPD

Vertretung für: Frau Annette Schütze

Herr Dr. Sebastian Kretschmann - CDU

Frau Jutta Plinke - B90/GRÜNE

Herr Peter Rosenbaum - BIBS

Vertretung für: Herrn Dr. Dr. Wolfgang Büchs

Herr Kurt Schrader - CDU

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Herr Prof. Dr. Gerd Biegel -

Frau Edith Grumbach-Raasch -

Frau Sigrid Herrmann - SPD

Verwaltung

Frau Dr. Anja Hesse - Dezernentin IV

Herr Stefan Malorny - Verwaltung

Herr Daniel Kösters - Verwaltung

Frau Heidemarie Anderlik -

Frau Dr. Anette Haucap-Naß -

Herr Dr. Henning Steinführer -

Abwesend

Mitglieder

Herr Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS	entschuldigt
Frau Claudia Jonda - Piratenpartei	entschuldigt
Frau Annette Schütze - SPD	Abwesenheit

weitere Mitglieder

Herr Axel Preuß -	Abwesenheit
Frau Ania Schulze-Burhardt -	entschuldigt
Herr Reinhard Wetterau - Stadtheimatpfleger	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzungen vom 11.09.2015 und 09.10.2015
- 3 Haushalt 2016
Entwurf und Änderungsanträge 2016 16-01438
- 4 Mitgliedschaft der Stadt Braunschweig im Deutschen Bühnenverein e. V. 16-01423
- 5 Mitteilungen
 - 5.1 Mitteilungen der Verwaltung
 - 5.1.1 Jahresplanung 2016 16-01456
 - 5.1.2 Erinnerungsort Roselies: Aktueller Sachstand der Planung für eine Erinnerungspartnerschaft 16-01442
 - 5.1.3 Projekt "Papier ist nicht geduldig" 16-01480
 - 5.1.4 Kunst im Öffentlichen Raum
Lichtparcours 2016 (mündlicher Bericht)
 - 5.1.5 Sachstand Schillstraße (mündlicher Bericht)
 - 5.1.6 Sachstand "Ricarda Huch Symposium" (mündlicher Bericht)
 - 5.1.7 Sachstand Soziokulturelles Zentrum (mündlicher Bericht)
 - 6 Anträge
 - 6.1 Städt. Museen: Änderung der Öffnungszeiten 16-01458
 - 6.1.1 Städt. Museen: Änderung der Öffnungszeiten 16-01458-01

7 Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

8 Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung

9 Mitteilungen

10 Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzungen vom 11.09.2015 und 09.10.2015

Beschluss:

Die Niederschriften vom 11.09.2015 und 09.10.2015 werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

9/0/1

Protokollnotiz:

Das Schreiben von Herrn Ratsherr Rosenbaum vom 27. November 2015 sowie die in der heutigen Sitzung verlesene Stellungnahme von Herrn Dr. Steinführer werden als Anlage 1 (zum Protokoll der Sitzung vom 11. September 2015 zu TOP 4) dem heutigen Protokoll beifügt.

3. Haushalt 2016 **16-01438**
Entwurf und Änderungsanträge 2016

Beschluss:

Dem Haushaltsplanentwurf 2016 wird unter Berücksichtigung der sich aus den Anlagen 1 - 5 ergebenden Ansatzveränderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

3/1/6

Protokollnotiz:

Die Ausschussvorsitzenden regt an, die Haushaltvorlage seitenweise abzustimmen, alle Anträge jedoch einzeln aufzurufen. Dieser Vorschlag findet Zustimmung. Frau Ratsfrau Dr. Flake bittet darum, zunächst mit den Anfragen zu beginnen. Dieser Anregung wird gefolgt.

Anlage 3.1 und 3.2:

Frau Ratsfrau Dr. Flake erbittet sich eine Erläuterung der Summe in Höhe von 100.000 Euro, mit der sich die Stadt am Gospelkirchentag 2016 (GKT) beteiligen wird. Frau Dr. Hesse teilt mit, dass es sich um 50.000 Euro handeln wird, die aus dem Budget des Dezernates für Kultur und Wissenschaft kommen werden, sowie um 50.000 Euro, die in den Haushalt 2016

eingestellt werden.

Frau Ratsfrau Ohnesorge äußert die Frage nach den Gesamtkosten des GKTs. Hierzu erläutert Frau Dr. Hesse, dass sich die städtische Beteiligung von 100.000 Euro auf ein Teilprojekt des GKT (mit Kosten in Höhe von ca. 650.000 Euro) bezieht. Die städtische Summe sei an die Förderzusage des Landes gebunden. Frau Dr. Hesse sagt dem Ausschuss eine Mitteilung für eine der nächsten Sitzungen zu; hierin soll auch eine dezidierte Kostenaufstellung enthalten sein. (*Anmerkung d. Verw.: Zwischenzeitlich erfolgte bereits eine Mitteilung außerhalb von Sitzungen [Drs.-Nr. 16-01584].*)

Anlage 3.3:

Frau Ratsfrau Dr. Flake fragt, ob die 180.000 Euro auch für andere Zwecke als speziell für die Realisierung des Soziokulturellen Zentrums genutzt werden könnten. Dies wird von der Verwaltung verneint.

Anlage 3.5:

Frau Ratsfrau Dr. Flake weist auf die sinkenden Besucherzahlen des Schlossmuseums hin. Sie fragt nach Verbesserungsmöglichkeiten sowie einer Änderung im Stiftungsgeschäft. Frau Dr. Hesse verweist auf die Vorstellung des Schlossmuseums im April-Ausschuss. Das Stiftungsgeschäft sei seinerzeit im Rat beschlossen worden. Frau Dr. Hesse macht deutlich, dass die sinkende Zahl der Besucher bereits im Vorstand des Schlossmuseums thematisiert werde. Frau Rullmann soll gebeten werden, bei der Vorstellung im April auch eine Beziehung zwischen Besucherzahlen und den Ausstellungen darzustellen. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage von Herrn Ratsherr Rosenbaum geklärt, warum die Ausstellung zum Schlossmuseums-Jubiläum in den Räumen der Stadtbibliothek stattfindet (nämlich aufgrund des größeren Einzugsgebietes der Stadtbibliothek; es würden mehr Interessierte angesprochen).

Anlage 3.6:

Zur vorliegenden Anfrage der BIBS-Fraktion sowie der Erläuterung dieser Anfrage durch Herrn Ratsherr Rosenbaum in der Sitzung weist Frau Ratsfrau Dr. Flake darauf hin, zukünftig den Begriff „freiwillige Leistung“ als juristischen Begriff zu verstehen. Es gäbe für die kulturelle Förderung keine gesetzlichen Grundlagen im NKomVG, daher seien diese Leistungen „freiwillig“.

Die Einzelabstimmungsergebnisse zu den Anlagen 1.1 bis 2.3 ergeben sich aus der Anlage 2 zum Protokoll.

Anlage 1.1

Nr. 065:

Frau Dr. Hesse hält die Verschiebung der Kulturnacht auf das Jahr 2017 für eine richtige Entscheidung, um den Kulturinteressierten ein gewohnt professionelles Programm bieten zu können. Dies wird von den Anwesenden positiv zur Kenntnis genommen.

Nrn. 066-068:

Frau Ratsfrau Dr. Flake kritisiert die Vorgehensweise der Piraten-Fraktion und bemerkt, dass es durch die von der Piraten-Fraktion vorgenommenen Kürzungen zu einer Schließung der dort genannten Einrichtungen käme.

Frau Ratsfrau Seiffert regt eine Vorstellung der Institutionen Kunstverein, BBK bzw. Museum für Photographie in einer der nächsten Sitzungen an. Die Verwaltung sagt dies zu.

Nr. 070:

Frau Ratsfrau Ohnesorge würdigt die Medienarbeit des Radio Okerwelle. Frau Ratsfrau Dr. Flake hält die Arbeit des Senders ebenfalls für inhaltlich positiv, spricht sich aber gegen einen Zuschuss aus und fragt, ob es noch andere Fördermöglichkeiten gibt. Frau Dr. Hesse skizziert die Möglichkeit der Beantragung einer Projektförderung für das 2. Halbjahr.

Anlage 1.2

Nr. 3:

Herr Ratsherr Schrader äußert die Frage, ob die im vergangenen Ausschuss erbetene Kostenfreiheit für die Ausleihungen der Stadtbibliothek bis einschließlich zum 18. Lebensjahr mit in die Vorlage zur Erhöhung der Leihgebühren einfließe. Dies wird von Frau Dr. Haucap-Naß bejaht.

Anlage 2.3

Nr. 25:

Frau Dr. Hesse erläutert, dass es sich bei dieser Position um eine Haushaltsbereinigung handele. Die 5 Mio. Euro, welche seinerzeit in den Haushalt eingestellt wurden, wären für einen Neubau eines Soziokulturellen Zentrums durch die Stadt geplant gewesen. Nunmehr habe man mit dem Projekt WESTand eine spezifische Summe, nämlich 1,5 Mio. Euro Baukostenzuschuss und 500.000 Euro Ausstattungsmittel.

Nr. 52:

Herr Ratsherr Rosenbaum äußert die Frage, ob es überhaupt möglich sei, mietvertragliche Pflichtleistungen zu kürzen. Frau Dr. Hesse teilt hierzu mit, dass dieser Ansatz zur Finanzierung von Instandhaltungen vorgehalten wird. Die Instandhaltungspflicht für die gemieteten Räumlichkeiten sei nach Ablauf der Gewährleistungspflicht auf die Stadt übergegangen. Vor diesem Hintergrund habe die Verwaltung für eine Fläche von rd. 13.300 m² jährlich 100T EUR bereitgestellt, um eventuell anfallende Maßnahmen finanziell abzudecken zu können. Bisher seien hieraus jedoch nur die großen Türen und der Stufenbelag im Eingangsbereich zur Stadtbibliothek instandgesetzt worden. Aus diesen Erfahrungen heraus werde die vorgenommene Reduzierung des Ansatzes derzeit für vertretbar gehalten.

Anlage 4.1:

Nach ausgiebiger Diskussion wird folgende einstimmige Entscheidung gefällt:

Antrag passieren

Die Verwaltung sagt zu, den Staatstheatervertrag dem Protokoll beizufügen.

4. Mitgliedschaft der Stadt Braunschweig im Deutschen Bühnenverein e. V. 16-01423

Beschluss:

Die Stadt Braunschweig tritt dem Deutschen Bühnenverein e. V. zum 1. Juli 2016 als förderndes Mitglied bei.

Abstimmungsergebnis:

9/0/1

5. Mitteilungen

5.1. Mitteilungen der Verwaltung

5.1.1. Jahresplanung 2016

16-01456

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.1.2. Erinnerungsort Roselies: Aktueller Sachstand der Planung für eine Erinnerungspartnerschaft 16-01442

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Protokollnotiz:

Herr Ratsherr Rosenbaum fragt vor dem Hintergrund der Gedenkveranstaltung zu Roselies mit der Delegation aus Belgien, zu wann die in der Mitteilung angedachte Texttafel geplant sei. Frau Dr. Hesse erläutert, dass für die April-Sitzung eine Gremienvorlage vorgesehen sei, die auch den Entwurf eines Tafeltextes enthielte. Ziel sei es, das skizzierte Konzept vom

Verwaltungsausschuss absegnen zu lassen und in einem nächsten Schritt dem belgischen Bürgermeister, Herrn Fersini, zur Abstimmung zukommen zu lassen.

Herr Ratsherr Rosenbaum fragt, ob bei dem Konzept auch die Anwohner des Baugebietes um die Roseliesstraße einbezogen werden. Frau Dr. Hesse teilt hierzu mit, dass die Öffentlichkeit über die Planungen informiert werde. Es sei geplant, Interessierte zu einem Gespräch in die KITA Roseliesstraße einzuladen.

5.1.3. Projekt "Papier ist nicht geduldig"

16-01480

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.1.4. Kunst im Öffentlichen Raum Lichtparcours 2016 (mündlicher Bericht)

Frau Dr. Hesse stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die aktuellen Planungen zum Lichtparcours 2016 vor. Nachfragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

5.1.5. Sachstand Schillstraße (mündlicher Bericht)

Frau Dr. Boldt-Stölzlebach stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die aktuellen Entwicklungen rund um die Gedenkstätte Schillstraße vor. Nachfragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

5.1.6. Sachstand "Ricarda Huch Symposium" (mündlicher Bericht)

Frau Dr. Boldt-Stölzlebach skizziert das Vorhaben: Es werde ein eintägiges Symposium geben, welches sich der Rolle Ricarda Huchs im Kontext des Widerstand gegen den Nationalsozialismus widme. Die Veranstaltung werde in Zusammenarbeit mit dem Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte und dem Stadtarchiv sowie unter Einbeziehung des Germanistischen Seminars der TU realisiert. Vortragende seien neben Herrn Prof. Dr. Biegel Eva Maria Gehler (Publikation „Weibliche NS-Affinitäten“), Dr. Jan-Peter Barbian, Dr. Uwe Dathe, Dr. Axel Smend u.a.. Herr Prof. Dr. Biegel ergänzt die Ausführungen. Nachfragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet. Die Verwaltung sagt zu, für den April-Ausschuss eine konkrete Mitteilung zu verfassen.

5.1.7. Sachstand Soziokulturelles Zentrum (mündlicher Bericht)

Frau Dr. Hesse berichtet von den aktuellen Planungen zur Realisierung des Soziokulturellen Zentrums. Erste Vertragsentwürfe liegen bereits vor. Zudem habe bereits ein Auftaktgespräch mit dem KufA-Verein stattgefunden, ein weiteres sei mit der WESTand GmbH in Kürze vorgesehen.

6. Anträge

6.1. Städt. Museen: Änderung der Öffnungszeiten

16-01458

Beschluss:

Wir beantragen, die Öffnungszeiten an den Standorten des Städtischen Museums testweise für ein Jahr an einem Tag unter der Woche von 10:00 bis 17:00 auf 13:00 bis 20:00 zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

0/10/0

6.1.1. Städt. Museen: Änderung der Öffnungszeiten

16-01458-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7. Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen zur heutigen Sitzung vor.

7.1 Mündliche Anfrage von Frau Herrmann

Frau Herrmann berichtet von den Übungsräumen für Jugendliche im Heidberg. In dieses

Gebäude sollen nunmehr in dem Stockwerk über den Kellerräumen minderjährige Flüchtlinge untergebracht werden. Aus Gründen der Laustärke seien die Übungsräume bereits gekündigt worden. Frau Herrmann bedauert dies und fragt die Verwaltung, ob es eine andere Möglichkeit gäbe. Die Übenden wären bereit, die Übungszeiten stark einzuschränken und zusammen mit den Flüchtlingen zu üben. Frau Ratsfrau Dr. Flake berichtet aus dem Jugendhilfeausschuss, dass bereits ein Prüfauftrag auf zusätzliche Dämmung der Räumlichkeiten an die Bauverwaltung gegeben worden sei. Frau Dr. Hesse sagt zu, die Thematik darüber hinaus an das zuständige Sozialdezernat weiterzugeben.

Die Ausschussvorsitzende schließt um 16:35 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez.
Kaphammel
Vorsitz

gez.
Kösters
Schriftführung

Nichtöffentlicher Teil:

8. Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

9. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

10. Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen für den nicht-öffentlichen Teil zur heutigen Sitzung vor.

10.1 Mündliche Anfrage von Herrn Ratsherr Schrader

Herr Ratsherr Schrader fragt nach der in einem der letzten Ausschüsse erbetenen Kostenaufstellung von „Kultur im Zelt 2015“. Herr Dr. Malorny teilt mit, dass derzeit noch kein Verwendungsnachweis vorläge. Sobald es entsprechende Daten gäbe, werde der Ausschuss zeitnah informiert.

Die Ausschussvorsitzende schließt um 16:45 Uhr den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung, mithin die Gesamtsitzung.

gez.
Kaphammel
Vorsitz

gez.
Kösters
Schriftführung



BIBS-Fraktion Peter Rosenbaum Platz der Deutschen Einheit 1
Rathaus 38100 Braunschweig

Mitglieder des Kulturausschusses
Kulturverwaltung

Peter Rosenbaum

BIBS-Ratsherr
im Rat der Stadt Braunschweig
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

0531/ 470-2181
info@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 27. November 2015

**Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft
vom 11.09.2015**

Folgende Anmerkungen zu Punkt 4 vom Protokoll des Kulturausschusses vom 11.09.2015, dass der Fraktion am 23.11.2015 zuging, seien hiermit nach einer wiederholten Prüfung auch des Audio-Protokolls zur Kenntnis gegeben. Der besagte Punkt ist: „**Vorstellung der Rechercheergebnisse zu der Thematik "Roselies" durch Mitarbeiter des Braunschweiger Landesmuseums.**“

A) Diskussionen im Vorfeld der Recherchen des Landesmuseums drehten sich um die Frage, ob es im Gefecht von Roselies und auch in Roselies selbst im August 1914 Kriegsverbrechen gegeben habe. - Im Protokoll selbst kommt das Wort „**Kriegsverbrechen**“ aber gar nicht vor, obwohl im Vortrag von Herrn Dr. Zimmermann das Thema „Kriegsverbrechen“ wesentlich erörtert wurde und auch Gegenstand von Nachfragen waren.

So stellte Ratsherr Peter Edelmann mit einer Verständnisfrage fest, dass es Erschießungen von Zivilisten in Tergnée gegeben habe, die klar als Kriegsverbrechen zu sehen seien. Aber, so Edelmann dann wörtlich:

„In der Ortschaft Roselies selbst hat es keine Kriegsverbrechen gegeben sondern das waren Tote, die durch Gefechtshandlungen zu Tode gekommen sind.“

Herr Dr. Zimmermann widersprach dem mit einem klaren „Nein!“. Er verwies auf die zwei in Roselies erschossenen Zivilisten und fügte noch wörtlich hinzu: „Doch, natürlich hat es Kriegsverbrechen in Roselies gegeben“.

Als Ergebnis von Vortrag und Diskussion bleibt festzuhalten: Im Rahmen des Gefechts von Roselies gab es Kriegsverbrechen von deutschen Soldaten an der belgischen Zivilbevölkerung, auch in der Ortschaft Roselies selbst.

B) Im Protokoll heißt es weiter wörtlich:

"Herr Dr. Steinführer äußert in diesem Zusammenhang die Frage, ob es einen Beweis für die Erschießung in Terniers durch das IR 92 gäbe. Dies wird von Herrn Dr. Zimmermann verneint."

Durch diese Wiedergabe im Protokoll kann fälschlich der Eindruck erweckt werden, es sei eine offene Frage, ob Soldaten des 92er Regiments die Zivilisten erschossen haben oder nicht. Der Eindruck ist aber falsch.

Wörtlich wurde von Dr. Steinführer gefragt, ob es einen "Beleg" dafür gäbe, spezifizierend, ob es einen "richtigen Beleg" dafür gäbe (mit starker Betonung auf "richtigen"), dass die Erschießungen von Zivilisten in Tergnée von 92er Soldaten durchgeführt worden seien. Herr Dr. Zimmermann beantwortete das mit "Nein".

Belege sind materielle "Beweisstücke", die mit Ihrem Aussagewert (Beleg- oder Beweiskraft) Teil einer Beweisführung sein können. Als Beleg für die Erschießung der Zivilisten in Tergnée hatte Dr. Zimmermann in der deutschen Literatur zum Weltkrieg allein eine Ausführung in einer Regimentsgeschichte von Friedrich Sobbe angeführt und sie als einzigen existierenden solchen Beleg hervorgehoben.

Unabhängig von diesem oder möglichen anderen konkreten Belegen hatte Dr. Zimmermann in seinem Vortrag aber eine Beweisführung für die Täterschaft der 92er vorgebracht, die er aus dem Ablauf der Gefechtshandlungen herleitete.

Ein deutscher Offizier, so Zimmermann wörtlich:

"und es kann nur, nach Lage der Dinge, ein Offizier des 92sten Regiments sein, weil nur diese Einheiten noch da sind, befiehlt die Erschießung von Zivilisten."

habe die besagten Zivilisten erschießen lassen. Er beweist hier Verantwortung und Täterschaft der 92er an dem Kriegsverbrechen mit einer indirekten (apagogischen) Beweisführung: erschossen werden konnten die Zivilisten nur von Soldaten, die zur Zeit der Erschießung am Ort der Erschießung zugegen waren. Zugegen waren nur die Soldaten des Braunschweiger 92er. Also müssen 92er Soldaten die Zivilisten in Tergnée erschossen haben.

Unabhängig von dieser - logisch zwingenden - Beweisführung nennt Zimmermann noch den einen schriftlichen, veröffentlichten Beleg aus der deutschen Literatur zum ersten Weltkrieg: die Regimentsgeschichte des 92er Regiments von Sobbe.

Anders als das Protokoll es suggerieren mag, hinterfragt Dr. Steinführer nicht die **Beweisführung** Dr. Zimmermanns für die Verantwortung der 92er, die letzterer aus dem Gefechtsverlauf ableitete. Dr. Steinführer fragt dagegen nach einem

"richtigen" Beleg, wobei Dr. Zimmermann seinen vorangegangenen Vortrag wiederholte und er das Vorliegen eines weiteren Beleges verneinte. Wenn die Regimentsgeschichte Sobbes für Herrn Dr. Steinführer kein "richtiger" Beleg ist, muss er sich allerdings erst einmal selbst die Frage stellen, welche Kriterien denn Belege zu "richtigen" Belegen werden lassen.

Aber auch wenn man die Belegkraft deutscher Regimentsgeschichten gering schätzen mag, sprechen die Ausführungen Sobbes dafür, dass das besagte Kriegsverbrechen tatsächlich von 92er Soldaten begangen wurde und nicht von anderen Regimentern. Denn es ist schwer denkbar, dass dies Kriegsverbrechen ohne Not als falsche Selbstbezeichnung von 92ern zum Teil ihrer Regimentsgeschichte gemacht wurde, zumal solche Kriegsverbrechen in der Regel im Detail („etwa 15 Schuldige“) auch nur dem Regiment bekannt sind, das für sie verantwortlich ist.

Es gibt jedenfalls keine vernünftigen Gründe und insbesondere die Frage Dr. Steinführers nach einem „richtigen“ Beleg gibt keinen vernünftigen Grund, an der aus dem Gefechtsverlauf hergeleiteten Beweisführung Dr. Zimmermanns zu zweifeln, dass es 92er Soldaten waren, die die Zivilisten in Tergnée erschießen ließen und erschossen.

Zusammenfassend:

A) Das Protokoll verschweigt das klare Ergebnis des Vortrages von Dr. Zimmermann und der anschließenden Diskussion:

Im Rahmen des Gefechts von Roselies wurden Kriegsverbrechen vor Roselies und in Roselies begangen.

b) Die Feststellung des Protokolls, dass es laut Dr. Zimmermann keinen „Beweis“ für die Erschießung der Zivilisten durch 92er in Tergnée gäbe, wurde von Dr. Zimmermann so nicht geäußert und ist vor allem irreführend, denn:

Kriegsverbrechen im Verlauf des Gefechts von Roselies wurden auch von Soldaten des braunschweigischen 92er Infanterie-Regimentes begangen, insbesondere auch die Erschießung von Zivilisten in Tergnée und Roselies.

gez. Peter Rosenbaum

(in Vertretung für Herrn Dr. Dr. Wolfgang Büchs am 11.09.2015 für die BIBS-Fraktion im Ausschuss von Kultur und Wissenschaft)

(Anhang: Auszug aus dem Protokoll mit Punkt 4)

staltungshalle von „WESTand“ sei als Ersatz für die geschlossene Meier Music Hall geplant. Derzeit sei demnach keine weitere Halle geplant, mithin sei dieser Bedarf des Entwicklungs-konzeptes erfüllt.

4. Vorstellung der Rechercheergebnisse zu der Thematik "Roselies" durch Mitarbeiter des Braunschweigischen Landesmuseums

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Dr. Pöppelmann und Herrn Dr. Zimmermann vom Braunschweigischen Landesmuseum.

Frau Dr. Pöppelmann führt in den sich anschließenden Vortrag von Herrn Dr. Zimmermann ein. Danach berichtet Herr Dr. Zimmermann ausführlich über den zur Diskussion stehenden 22. August 1914 in Roselies.

Frau Ratsfrau Kaphammel äußert im Anschluss die Frage, ob es bewiesen sei, dass Zivilisten absichtlich in die Häuser getrieben worden und die Häuser im Anschluss angezündet worden seien. Hr. Dr. Zimmermann erwidert, dass es hierfür keinerlei Hinweise gäbe; dies sei militärisch auch nicht sinnvoll. Es sei eine alltägliche Maßnahme gewesen, Zivilisten vor einer Konfrontation aus dem Kriegsgebiet zu entfernen.

Hr. Dr. Kretschmann fragt, ob es nachvollziehbare Gründe dafür gäbe, dass der besagte Offizier (*hier wird auf die Ausführungen und den Bericht von Herrn Dr. Zimmermann verwiesen*) die Erschießung der Zivilisten angeordnet habe. Hr. Dr. Zimmermann könne sich hierbei nur eine Affekthandlung des Offiziers erklären.

Herr Dr. Steinführer äußert in diesem Zusammenhang die Frage, ob es einen Beweis für die Erschießung in Terniers durch das IR 92 gäbe. Dies wird von Herrn Dr. Zimmermann verneint.

Zur Frage, ob die Ergebnisse von Seiten des BLM auch veröffentlicht würden, wird von Frau Dr. Pöppelmann und Herrn Zimmermann eine interne Abstimmung zugesagt. (*Ergänzung: Am 18.09.2015 wurde der Vortrag von Herrn Dr. Zimmermann an die Ausschussmitglieder versandt.*)

5. Abteilungen / Referate des Dezernates für Kultur und Wissenschaft

5.1. Vorstellung der "Kontaktstelle Musik"

Frau Ratsfrau Kaphammel begrüßt Frau Dr. Boldt-Stülzebach und Frau Gaube als Vertreter der Abteilung Literatur und Musik.

Frau Gaube stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Kontaktstelle Musik vor. Nachfragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

6. Mitteilungen zu Nachfragen aus den letzten Ausschüssen

6.1. Indexierung des Erwerbungsetats der Stadtbibliothek

15-00074

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen. Herr Ratsherr Schrader bittet, in die Vorlage für die geplante Satzungsänderung eine Kostenfreiheit für Jugendliche nicht bis zum 16., sondern bis zum 18. Lebensjahr einzufügen. Dies wird von den restlichen Ausschussmitgliedern positiv aufgenommen. Herr Ratsherr Flake hält die geplante Gebührenerhöhung für gut dargestellt und angemessen. Frau Ratsfrau Dr. Flake bedauert, dass für die Erhöhung des Erwerbungsetats bislang immer politische Anträge nötig gewesen seien. Sie spricht sich dafür aus, einen Erwerbungsetat der Stadtbibliothek ohne Kopplung an Ausleihzahlen (sondern eher dynamisierend) zu etablieren.

6.2. Sachstandsbericht: Gedenkstätte Buchhorst

15-00524

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen. Frau Ratsfrau Ohnesorge fragt nach einem zeitlichen Rahmen für die weiteren Planungen der Gedenkstätte. Frau Dr. Boldt-Stülzebach führt

Stellungnahme zur Protokollanmerkung der BiBS zur AfKW-Sitzung am 11.09.2015

Protokolle der AfKW-Sitzungen sollen die wesentlichen Punkte der in der Sitzung erfolgten Diskussionen und Verhandlungen wiedergeben. Es ist nicht die Aufgabe eines Protokolls, die Inhalte einer Sitzung zu kommentieren bzw. Redebeiträge inhaltlich zu deuten oder gar zu bewerten. Dies vorausgeschickt nehme ich zu den Einlassungen von Herrn Rosenbaum, BiBS-Fraktion, wie folgt Stellung:

Im Vortrag von Herrn Zimmermann zu den Geschehnissen rund um das Gefecht von Roselies wurde u.a. auch die Erschießung von 12 Zivilisten in dem Roselies benachbarten Ort Tergnée thematisiert. Während des Vortrages wurde deutlich, dass die Erschießung möglicherweise von Angehörigen des Infanterieregiments 92 (IR 92) befehligt und durchgeführt wurde. Allerdings ist die Quellenlage dazu widersprüchlich (belgische Augenzeugen machen andere Angaben als deutsche Regimentschroniken). Aus dieser Sachlage ergab sich geradezu zwangsläufig meine Frage, ob es eindeutige Belege dafür gäbe, dass nur Angehörige des IR 92 als Verantwortliche für die Erschießungen in Frage kämen. Dies wurde von Herrn Zimmermann (angesichts der Quellenlage auch folgerichtig) verneint. Insofern gibt der Wortlaut des von der Verwaltung erstellten Protokolls den Verlauf der Diskussion korrekt wieder.

Die im weiteren Verlauf der Einlassungen von Herrn Rosenbaum angestellten Mutmaßungen über die Hintergründe meiner Frage haben nichts mit dem Verlauf der Sitzung zu tun und sind daher als Anmerkung zum Protokoll unzulässig.

gez.

Dr. Steinführer

Haushaltslesung 2016 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in € bisher	Veränderungen in €										Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
					2016		2017		2018		2019		Dauer				
				neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft																	
		Diverse															
064	1.25.2514.06	Öffentlichkeitsarbeit Archiv	Piraten	Öffentlichkeitsarbeit Archiv Sachkosten aus 1.25.2514.06 Öffentlichkeitsarbeit Archiv sollen entfallen (freiwerdende Personalbestandteile sollen in 1.25.2514.11 mitarbeiten). Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.			- 30.000		- 30.000		- 30.000		- 30.000	dauerh.	diverse	Anmerkung der Verwaltung: Auf dem Produkt sind lediglich 18.300 € an direkten Einzelkosten geplant. U.a. für die Pfingsttagung des Hansischen Geschichtsvereins im Mai und für die allg. Stärkung des Wissenschaftsstandorts Braunschweig. Die restlichen Kosten auf diesem Produkt sind fast ausschließlich Folge der anteiligen Verteilung der Miet- und Mietnebenkosten für das Schloss auf das Stadtarchiv. Dieses Produkt wird dabei anteilig mit 53 T€ belastet. Eine Kürzung von Sachkosten in beantragter Höhe ist deshalb nicht möglich.	0/9/1
065	1.25.2811.04	Eigene kulturelle Veranstaltung sonstiger Kultурpflege	BIBS	Durchführung der Braunschweiger Kulturnacht auch 2016 Die Braunschweiger Kulturnacht wird auch 2016 durchgeführt. Die dafür erforderlichen städtischen Mittel werden in den Haushalt eingestellt.		+ 70.000	+ 120.000							einmalig	diverse	Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthält keine Beträge. Bei den hier eingesetzten Werten handelt es sich um die Beträge, die vor der Konsolidierung im Haushaltplanentwurf berücksichtigt waren.	1/8/1
		18	Transferaufwendungen		12.229.200												
066	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	Piraten	Bund Bildender Künstler Bei dem Bund Bildender Künstler handelt es sich um einen Berufsverband. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.		- 58.600		- 58.600		- 58.600		- 58.600	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Anmerkung der Verwaltung: Die vollständige Kürzung des Zuschusses würde zur Schließung der Einrichtung führen.	0/10/0	
067	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	Piraten	Kunstverein Braunschweig Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.		- 176.000		- 176.000		- 176.000		- 176.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Anmerkung der Verwaltung: Die vollständige Kürzung des Zuschusses würde zur Schließung der Einrichtung führen.	0/10/0	
068	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	Piraten	Museum für Photographie Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.		- 140.000		- 140.000		- 140.000		- 140.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Anmerkung der Verwaltung: Die vollständige Kürzung des Zuschusses würde zur Schließung der Einrichtung führen.	0/10/0	

Haushaltslesung 2016 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €	Veränderungen in €										Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
					bisher	neu	2016		2017		2018		2019		Dauer		
							Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
069	1.25.2620.10	Projekt- u. Konzept.- Förderung Musik	Piraten	Gospelkirchentag 2016 Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.			- 100.000									einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
																	0/9/1
070	1.25.2811.09	Kontinuitätsförderung sonst. Kulturpfl.	DIE LINKE.	Zuschuss für Radio Okerwelle			+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
																	1/7/2
Gesamtstädtisch																	
	Diverse																
120	Diverse		Piraten	Reduktion "Repräsentationsaufwendungen" Kto. 427130 Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.			- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000		dauerh.	427130 Repräsentationsaufwendungen Anmerkung der Verwaltung: Der Planansatz für das gesamte Dezernat IV beläuft sich auf 200 €.	
																	0/10/0

Haushaltslesung 2016 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €										Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				2016		2017		2018		2019		Dauer						
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
121	Diverse		BUNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Weiterführung der Dynamisierung im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich Anders als von der Verwaltung vorgeschlagen (Ansatzveränderungen 86, 108 und 123 in der Anlage 1 zum Ergebnishaushalt), wird die Dynamisierung der Zuschüsse für die Fachbereiche 41 – Kultur, 50 – Soziales und Gesundheit und 51 – Kinder, Jugend und Familie nicht ausgesetzt sondern wie vom Rat beschlossen auch in den Folgejahren weitergeführt. Die dafür notwendig Mittel in Höhe von ca. 160.000 € im Jahr 2016 werden weiterhin in den Haushaltspunkt eingestellt. Die Haushaltsansätze für die Folgejahre werden entsprechend angepasst. Die freien Träger, die mit diesen städtischen Zuschüssen unterstützt werden, leisten in der Stadt Braunschweig in den unterschiedlichen Bereichen wichtige Arbeit. Das Personal, das bei diesen Trägern beschäftigt ist, hat das gleiche Recht auf Tariferhöhungen wie alle anderen Arbeitnehmer auch. Einige Träger erfüllen sogar städtische Pflichtaufgaben, die im direkten Auftrag der Stadt Braunschweig übernommen wurden. Angesichts der großen Bedeutung der Arbeit, die in diesem Bereich geleistet wird, auf der einen und der im Vergleich relativ geringen Eirisparpotenziale auf der anderen Seite ist eine Weiterführung der Dynamisierung zwingend geboten.				+ 158.700		+ 341.700		+ 433.200		+ 433.200	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	3/7/0	
122	Diverse		BiBS	Keine Kürzungen bei den sozialen und kulturellen Verbänden und Einrichtungen Die so genannte "Dynamisierung" im Bereich der Kontinuitätsförderung wird nicht ausgesetzt, sondern wie vom Rat für den Haushalt 2015 beschlossen weiter fortgesetzt. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushalt 2016 eingestellt.				+ 158.700		+ 341.700		+ 433.200		+ 433.200	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	3/7/0	

Anlage 1.2

Haushaltslesung 2016 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (inklusive Konsolidierungsbeiträge)

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €										Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019		Dauer			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft																	
	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen		745.000	725.000	- 20.000	0	- 20.000	0	- 20.000	0	- 20.000	0	- 20.000	0		
1	1.25.2811.04	Eigene kulturelle Veranstaltungen sonst. Kulturflege		Haushaltkonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (FB 41) Mindererträge aufgrund der Reduzierung des Veranstaltungsbudgets (siehe auch lfd. Nrn. 76 - 79)										dauerh.	314810 Zuschüsse von übrigen Bereichen	10/0/0	
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		1.072.500	1.134.900	62.400	0	164.500	0	164.500	0	164.500	0	164.500	0		
2	1.25.2630.10	Musikalische Ausbildung		Haushaltkonsolidierung - Ertragsverbesserungen (FB 41) Anpassung der Musikschulgebühren anhand der Inflationsraten der letzten Jahre; Eine Anpassung wäre zum Beginn des 2. Schulhalbjahres 2016 der Musikschule (1. Oktober) möglich.										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	10/0/0	
3	1.25.2720.03.02	Ausleihe/Beratung/Service		Haushaltkonsolidierung - Ertragsverbesserungen (Ref. 0412) Bereits vorgesehene Anhebung der Benutzungsgebühren für die Stadtbibliothek um 3 € auf 15 € pro Benutzer und Jahr; Es wird von einer Anpassung zur Jahresmitte 2016 ausgegangen.										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	10/0/0	
4	1.25.2521.01	Museen, Sammlungen, Ausstell. (Museum)		Haushaltkonsolidierung - Ertragsverbesserungen (Ref. 0413) Anhebung der Gebühren für Leihgaben; Es wird von einer Anpassung zur Jahresmitte 2016 ausgegangen.										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	10/0/0	
5	1.25.2521.04	Museen, Sammlungen, Ausstell. (Museum)		Haushaltkonsolidierung - Ertragsverbesserungen (Ref. 0413) Erhebung von Eintrittsgeldern im Haus am Löwenwall (5 € pro Erwachsenem, insgesamt 32.500 €); Es wird von einer Anpassung zur Jahresmitte 2016 ausgegangen.										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	10/0/0	
6	1.25.2514.01.02	Stadtarchiv / Sonstige Dienstleistungen intern		Haushaltkonsolidierung - Ertragsverbesserungen (Ref. 0414) Anhebung der Gebühren für die Direktbenutzung um 0,50 € auf 3,00 €										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	10/0/0	

Anlage 1.2

Haushaltslesung 2016 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (inklusive Konsolidierungsbeiträge)

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016				2017				2018				2019				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen																
				6	Privatrechtliche Entgelte		146.000	96.000	- 50.000	0	- 50.000	0	- 50.000	0	- 50.000	0	- 50.000	0	- 50.000	0			
7	1.25.2811.04	Eigene kulturelle Veranstaltungen sonst. Kulturpflege		Haushaltkskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (FB 41) Mindererträge aufgrund der Reduzierung des Veranstaltungsangebots (siehe auch lfd. Nr. 70, 77 - 79)																dauerh.	342110 Erträge aus Verkauf	10/0/0	
8	1.25.2811.04	Eigene kulturelle Veranstaltungen sonst. Kulturpflege		Haushaltkskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (FB 41) Mindererträge aufgrund der Reduzierung des Veranstaltungsangebots (siehe auch lfd. Nr. 70, 76, 78 - 79)																dauerh.	346110 Sonstige private Leistungsentgelte	10/0/0	
9	1.25.2811.04	Eigene kulturelle Veranstaltungen sonst. Kulturpflege		Haushaltkskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (FB 41) Einsparung aufgrund der Reduzierung des Veranstaltungsangebots (siehe auch lfd. Nr. 70, 76 - 77, 79)																dauerh.	427140 Veranstaltungen	10/0/0	
10	1.25.2512.04	Kulturelle Veranstaltungen Literatur		Haushaltkskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (FB 41) Einsparung aufgrund der Reduzierung des Veranstaltungsangebots (siehe auch lfd. Nr. 70, 76 - 78)																dauerh.	427140 Veranstaltungen	10/0/0	
11	1.25.2720.03	Ausleihe und Nutzung Stadtbibliothek		Haushaltkskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0412) Zurückstellung der geplanten Erweiterungen an den vorhandenen Bücherregalen mit Einlegeböden, Zubehör sowie Beschilderungen																dauerh.	427190 Sonstige Sachaufwendungen	10/0/0	
12	1.25.2521.04	Präsentieren/Ausstellen		Haushaltkskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0413) Einsparung aufgrund der Neu- bzw. Umorganisation der Bewachung im Städtischen Museum																dauerh.	424190 Sonstige Bewirtschaftungskosten	10/0/0	
13	1.25.2521.04	Präsentieren/Ausstellen		Haushaltkskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0413) Einsparung aufgrund der Veränderung bzw. Anpassung des Veranstaltungsniveaus																dauerh.	427140 Veranstaltungen	10/0/0	
14	410-3000	Leitung Städtisches Museum		Haushaltkskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0413) Einsparung aufgrund von Veränderungen bzw. Anpassungen im Bereich der gesamten Museumsarbeit																dauerh.	427190 Sonstige Sachaufwendungen	10/0/0	
15	1.25.2514.11	Forschung und Dokumentation Stadtarchiv		Haushaltkskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0414) Einschränkungen bei der Öffentlichkeitsarbeit																dauerh.	427180 Veröffentlichungen	10/0/0	

Anlage 1.2

Haushaltslesung 2016 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (inklusive Konsolidierungsbeiträge)

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016				2017				2018				2019				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
16	410-4100	Betrieb Stadtarchiv				Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0414) Einschränkungen bei der Fortbildung												dauerh.	426120 Aufw. für Aus- und Fortbildung, Umschulung		10/0/0		
						-	1.500			-	1.500			-	1.500			-	1.500				
	18	Transferaufwendungen			12.257.200	12.147.200	0	-	110.000	0	-	49.000	0	-	68.500	0	-	68.500					
17	Diverse				Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Zuschussdynamisierung wird in den Jahren 2016 und 2017 ausgesetzt. Für das Jahr 2018 ist eine anteilige Dynamisierung der Zuschüsse in halber Höhe vorgesehen (19.500 €). Ab 2019 kommt die Zuschussdynamisierung wieder in voller Höhe zur Anwendung (39.000 €).												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche					
					-	39.000			-	78.000			-	97.500			-	97.500					
18	1.25.2811.09	Kontinuitätsförderung sonst. Kulturflege			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (FB 41) Einsparung, da die für den Betrieb des soziokulturellen Zentrums erforderlichen Mittel erst ab 2017 benötigt werden.												einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		10/0/0			
					-	100.000			0			0			0			0					
19	1.25.2610.08	Staatstheater			Beteiligung am Verlustausgleich des Staatstheaters, vertragliche Verpflichtung aus dem Staatstheatervertrag												dauerh.	431110 Zuweisung an das Land		10/0/0			
					+	29.000			+	29.000			+	29.000			+	29.000					
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen			4.191.000	4.190.300	0	-	700	0	-	700	0	-	700	0	-	700					
20	1.25.2514.02	Bereitstellung von Archivalien			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0414) Einschränkungen im Service												dauerh.	443175 Sonstige Geschäftsaufwendungen		10/0/0			
					-	200			-	200			-	200			-	200					
21	410-4100	Betrieb Stadtarchiv			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0414) Einschränkungen bei der Öffentlichkeits- und Gremienarbeit												dauerh.	443180 Dienstreisen, Fahrkostenersatz		10/0/0			
					-	500			-	500			-	500			-	500					

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 41 Kultur und Wissenschaft											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
130	5S.410002	FB 41: Bücher der Bibliotheken (FW)	Piratenpartei								
			bisher	5.187.100	3.469.900	429.300	429.300	429.300	429.300	0	Reduzierung der Sachaufwendungen der Stadtbibliothek (20.000 € jährlich); es sollen etwas weniger neue Medien beschafft werden, bzw. ältere Medien minimal länger gehalten werden
			neu	5.107.100	3.469.900	409.300	409.300	409.300	409.300	0	
			Veränderung	-80.000		-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	0	
											0/9/1
Gesamtstädtisch - teilhaushaltübergreifend											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
137	diverse		Piratenpartei								
			bisher	10.269.100	7.167.300	786.300	768.300	772.900	774.300		Reduzierung der Haushaltssumme für Schönheitsreparaturen stadtweit auf etwa 50% (jährliche Kürzung 400.000 €)
			neu	8.669.100	7.167.300	386.300	368.300	372.900	374.300		
			Veränderung	-1.600.000		-400.000	-400.000	-400.000	-400.000	0	
											0/9/1

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen					
Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft																
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)																
17 diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte																
27				bisher		675.700	675.700	675.700	675.700	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung					
				neu		610.600	610.600	610.600	610.600	0						
				Veränderung	0	-65.100	-65.100	-65.100	-65.100	0		8/0/2				
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)																
27 diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte																
28				bisher	458.000	94.500	134.500	94.500	134.500	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung					
				neu	413.600	85.400	121.400	85.400	121.400	0						
				Veränderung	-44.400	-9.100	-13.100	-9.100	-13.100	0		8/0/2				

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
Einrichtung Veranstaltungszentrum etc.												
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		-3.000.000		-400.000	-1.100.000	-1.500.000	0	0		
25	5E.210140	Veranstaltungszentrum Errichtung/ Bauwerk NEU: 5E.41 NEU (TH 41)	bisher neu Veränderung	5.000.000 2.000.000 -3.000.000	500.000 500.000 -400.000	1.000.000 600.000 -1.100.000	2.000.000 900.000 -1.500.000	1.500.000 0 0	0 0 0	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung	10/0/0
NEU NEU					VE 2017: 2.000.000	VE 2017 neu: 900.000	VE 2017 Veränderung: -1.100.000					
					VE 2018: 1.500.000	VE 2018 neu: 0	VE 2018 Veränderung: -1.500.000					
Teilhaushalt 41 - Kultur												
	17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		171.600		239.400	-22.600	-22.600	-22.600	0		
51	3E.410001	Einrichtung Kulturzentrum/ Planung	bisher neu Veränderung	0 180.000 180.000	0 0 180.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	Neuveranschlagung der Planungsmittel für die Einrichtung eines Kulturzentrums	10/0/0
52	4S.410004	mietvertragsrechtl. Verpflichtungen Schloss	131 bisher neu Veränderung	508.189 417.789 -90.400	108.189 108.189 -22.600	100.000 77.400 -22.600	100.000 77.400 -22.600	100.000 77.400 -22.600	100.000 77.400 0	100.000 77.400 0	Einsparvorschlag Konsolidierung	10/0/0
53	4S.410008	Global: Staatstheater Baukostenzuschuss	131 bisher neu Veränderung	0 82.000 82.000	0 0 82.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Mittel für die Beteiligung an Brandschutzmaßnahmen am Staatstheatergebäude; Gesamtkosten ca. 244.000 € - vertragliche Verpflichtung in Höhe eines Drittels aus dem Staatstheatervertrag	10/0/0

Vereinbarung
 zwischen
 dem Land Niedersachsen
 und
 der Stadt Braunschweig
 über den Betrieb des Staatstheaters Braunschweig

Zwischen

- dem Land Niedersachsen
- vertreten durch den Niedersächsischen Kultusminister
- und
- der Stadt Braunschweig
- vertreten durch

wird städtischerseits unter Vorbehalt der Zustimmung der Ratsversammlung vereinbart:

§ 1

1. Das Staatstheater Braunschweig wird vom Lande Niedersachsen als Rechtsträger unter Beteiligung der Stadt Braunschweig betrieben.
2. Die Leitung des Staatstheaters obliegt dem Generalintendanten.
3. Die Stadt Braunschweig wirkt beim Betrieb des Staatstheaters nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen in einem Verwaltungsausschuß mit.

§ 2

1. Der Verwaltungsausschuß umfaßt insgesamt 10 Mitglieder. Davon stellt das Land 6, die Stadt Braunschweig 4 Mitglieder. Die vom Lande Niedersachsen zu stellenden Mitglieder bestehen aus dem Präsidenten des Verwaltungsbezirks Braunschweig und 5 weiteren Mitgliedern, die vom Niedersächsischen Kultusminister auf die Dauer von 2 Jahren nach Anhörung des Präsidenten des Verwaltungsbezirks Braunschweig aus dem Gebiete dieses Verwaltungsbezirkes berufen werden. Ihr Amt erlischt vorzeitig durch
 - a) Tod,
 - b) Verlegung des Wohnsitzes nach außerhalb des Gebietes des Verwaltungsbezirks,
 - c) eigenen Antrag des Mitgliedes,
 - d) Abberufung.

2. Die von der Stadt Braunschweig zu stellenden Mitglieder werden vom Rate der Stadt gewählt. Sie brauchen keine Ratsherren zu sein. Soweit sie Ratsherren sind, endet ihre Mitgliedschaft im Verwaltungsausschuß mit der Abberufung oder mit dem Erlöschen des Mandates als Ratsherr. Soweit die von der Stadt Braunschweig zu stellenden Mitglieder nicht Ratsherren sind, endet ihr Amt ebenso wie das Amt der 5 vom Niedersächsischen Kultusminister berufenen Mitglieder gemäß § 2 Ziffer 1.
Die Abberufung der vom Rat der Stadt zu wählenden Mitglieder erfolgt durch den Rat der Stadt.
3. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu bestellen, der im Behinderungsfalle eintritt.
4. Den Vorsitz im Verwaltungsausschuß führt der Präsident des Verwaltungsbezirks Braunschweig, oder der von ihm benannte Vertreter. Der stellvertretende Vorsitzende ist aus den von der Stadt Braunschweig in den Verwaltungsausschuß entsandten Mitgliedern zu wählen.
5. Der Generalintendant des Staatstheaters nimmt in beratender Funktion an den Sitzungen des Verwaltungsausschusses teil. Der Ausschuß kann weitere Personen ihrer Sachkunde wegen hinzuziehen. Des weiteren können Vertreter der beteiligten Landesministerien an den Sitzungen teilnehmen.
6. Der Verwaltungsausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung. Diese muß vorsehen, daß er auf Antrag der Stadt oder von drei Mitgliedern einzuberufen ist. Er soll mindestens viermal jährlich zusammengerufen werden.

S. 3

1. Die Aufgabe des Verwaltungsausschusses ist es, die Entwicklung des Staatstheaters zu fördern. Er faßt seine Beschlüsse mit 2/3 Mehrheit der nach ordnungsgemäßer Ladung Erschienenen.
2. Der Verwaltungsausschuß beschließt - unbeschadet der den sonstigen Stellen des Landes zustehenden Befugnisse - in folgenden Angelegenheiten:
 - a) Anstellung und Entlassung des Generalintendanten, des Generalmusikdirektors, der Oberspielleiter des Schauspiels und der Oper sowie des Verwaltungsleiters des Staatstheaters;
 - b) Aufstellung des Voranschlages zum Haushaltsplan und etwaiger Nachträge im Rahmen des § 7 dieses Vertrages;
 - c) Maßnahmen, die eine Erhöhung des planmäßigen Zuschußbedarfs für das Theater zur Folge haben;

- d) die Dienstanweisung für den Generalintendanten, die Bühnenvorstände und die Hausordnung;
- e) Eintrittspreise, Platzmietebedingungen und Bedingungen für Besucher-Organisationen und andere Personengruppen;
- f) Dienst- und Freiplätze;
- g) Grundsätze über die Bereitstellung des Theaters für Sonderveranstaltungen.

§ 4

1. Die Stadt Braunschweig leistet zu den Betriebskosten des Staatstheaters einen Beitrag in Höhe eines Drittels der durch laufende Betriebseinnahmen nicht gedeckten laufenden Betriebsausgaben. Zu den Betriebseinnahmen im Sinne dieses Vertrages gehören auch Zuwendungen von dritter Seite zu dem laufenden Betrieb des Theaters. Die Höhe der nicht gedeckten laufenden Betriebsausgaben wird nach den Bestimmungen des Landeshaushaltsrechts am Schluß jedes Rechnungsjahres durch den Verwaltungspräsidenten ermittelt und danach der Betriebskostenbeitrag der Stadt Braunschweig festgesetzt.
2. Auf den Kostenbeitrag sind zum 20.05., 20.08., 20.11. und 20.01. Abschlagszahlungen in Höhe eines Viertels des im Landeshaushaltplan bei dem Kapitel des Staatstheaters veranschlagten Betriebskostenbeitrages zu entrichten. Wird der durch den Verwaltungspräsidenten endgültig festgesetzte Betriebskostenbeitrag durch die Abschlagszahlungen nicht voll gedeckt, oder ist eine Überzahlung eingetreten, so ist der Ausgleich innerhalb von 10 Tagen nach Bekanntgabe des Betriebskostenbeitrages vorzunehmen.

§ 5

Zu den laufenden Betriebsausgaben gehören auch Um- und Erweiterungsbauten im Sinne des § 30 a RHO sowie Versorgungsbezüge und Beiträge zu Versorgungskassen, die auf Grund eines früheren Dienstverhältnisses zum Staatstheater gezahlt werden. Verpflichtungen dieser Art, die aus der Zeit vor der Auseinandersetzung zwischen dem Braunschweigischen Herzogshaus und dem früheren Land Braunschweig überkommen sind, bleiben außer Betracht. Als Versorgungsbezüge werden bei den Verwaltungs- und Rechnungsbeamten des Staatstheaters 50 v.H. der Durchschnittsbeträge zugrundegelegt, wie sie sich aus der Anlage 1 - Richtlinien für die Veranschlagung der Besoldungen usw. - zu den Wirtschaftsbestimmungen für die Reichsbehörden für die im Haushaltplan bei dem Kapitel des Staatstheaters veranschlagten Planstellen ergeben.

S 6

Bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für Zwecke des Staatstheaters sowie von nicht mehr zur laufenden Unterhaltung zu rechnenden Erneuerungen, Verbesserungen und Erweiterungen der technischen Anlagen des Staatstheaters ist über die Höhe der Kostenbeteiligung mit der Stadt Braunschweig eine besondere vertragliche Vereinbarung zu treffen, wobei grundsätzlich von einer Beteiligung der Stadt in Höhe eines Drittels der Kosten auszugehen ist.

S 7

Der Voranschlag des Staatstheaters - § 3 (1) RWB - wird vom Präsidenten des Verwaltungsbezirks im Benehmen mit dem Verwaltungsausschuß aufgestellt. Soweit über die Art und das Ausmaß der in den Voranschlag aufzunehmenden Anmeldungen eine Einigung nicht erreicht wird, kann der Verwaltungsausschuß seine abweichende Auffassung durch eine Entschließung festlegen, die als Anlage dem Voranschlag beizufügen ist.

S 8

Diese Vereinbarung gilt vom 01. April 1954 bis zum 31. März 1961. Sie verlängert sich jeweils um 5 Jahre, sofern sie nicht mit einer Frist von einem Kalenderjahr vor Ablauf - erstmalig mithin bis zum 31. Dezember 1959 - gekündigt wird. Sie tritt außer Kraft, wenn der bestehende organisatorische Status des Staatstheaters in Braunschweig durch Gesetz oder Vertrag geändert wird.

Braunschweig, den 01.09.1955

Bennemann

Oberbürgermeister

(LS)

Hannover, den 19.03.1956

Dr. Lotz

Der Niedersächsische

Kultusminister

In Vertretung

(LS) Jung

Begläubigt

Unterschrift

(LS) Angestellte